

## **Modell Montana**

### **Was hält NRW zusammen?**

In diesen Tagen sprechen viele Journalisten vom „System Rau“, wenn sie Parallelen zum „System Kohl“ suchen. Handelt es sich doch bei der Hilfe der Westdeutschen Landesbank (WestLB) für die Landesregierung in Sachen Flugbereitschaft um ein ähnlich informelles Geflecht von Männerfreundschaften zwischen Politik und Wirtschaft wie bei Kohls schwarzer Parteienfinanzierung. Dabei sind die Dimensionen unvergleichlich. Aber nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Auf der einen Seite Zuwendungen, die man gemäß heutiger Maßstäbe des politischen Stils nach Aufklärung schleunigst beenden sollte. Auf der anderen Seite seit Jahrzehnten wissentlicher Bruch von Parteiengesetz und Parteienartikel des Grundgesetzes, um die „Kriegskassen“ einer Partei zu verbergen und zu retten. Natürlich ist diese Bewertung in der Öffentlichkeit streitig. Aber darum geht es hier nicht. Es geht hier nicht um Tagespolitik eines Landes oder des Bundes, sondern um historische Wurzeln und systematische Erklärungen des Politikmusters made in Nordrhein-Westfalen. Gibt es dieses Muster? Seit wann? Warum? Wird es nun ausgemustert? Was hält das Land zusammen? Gibt es eine NRW-Identität?

Eher unfreiwillig sind die Rheinländer und Westfalen 1946 die „operation marriage“ eingegangen. Eine Ehe, gestiftet von den britischen Besatzern - sie prägten auch das Codewort -, die sich im Laufe der Jahrzehnte erstaunlich gut gehalten hat. Ein Land hat sich gefunden. Aus dem künstlichen Bindestrichgebiet, das die Briten am Reißbrett schnell zusammengeklammert haben, ist eine europäische Kernregion erwachsen. Das Land NRW ist erwachsen geworden. Aber an seiner Wiege wurde ihm keine heile Welt gesungen. Die britische Zone umfaßte den größten Teil der westpreußischen Länder: Preußen galt es - gemäß dem Potsdamer Abkommen - als Hort des Militarismus zu zerschlagen. Also viele kleine Länder, wie es der Chef des German Control Office zunächst vorschlug, ein Land Rheinland und ein Land Westfalen? Heikel war das Ruhrgebiet dazwi-

schen. Alle Alliierten warfen ein Auge darauf, galt es doch mit seiner Schwerindustrie als Rüst(ungs)kammer. Gerade die Franzosen und Russen wollten ein internationales Ruhrregime und die Kohle- und Stahlproduktion begrenzen. Der britische Labour-Außenminister Ernest Bevin plädierte für Produktionsexpansion. Als Ex-Gewerkschaftsführer wollte er Produktion statt Protektion. So entstand das Land Nordrhein-Westfalen mit dem montanen Kern und einer breiten und weichen agrarischen Schale drumherum.

Aber die Ruhrfrage blieb weiter ein dickes Fragezeichen. Auf der Sechs-Mächte-Konferenz in London 1948 erreichten die Franzosen, dass ihre Zustimmung zur Gründung der Bundesrepublik mit einem Ruhrkontrollsystem verknüpft wurde. Sie dachten immer noch in der alten Gleichung: Schwerindustrie heißt Kriegspotenzial. Das „Ruhrstatut“ vom Dezember 1948 schuf eine internationale Ruhrbehörde, die Kohle- und Stahlproduktion kontrollieren sollte. Die deutsche Öffentlichkeit reagierte mit Empörung. Besonders angesichts von Demontagen begehrte die Arbeiterschaft auf. Erst 1951 gab man diese Eingriffe durch die Errichtung der Montanunion auf: Die Kohle- und Stahlproduktion wurde nun auf europäischer Ebene geregelt – mit Deutschland als gleichberechtigtem Partner. Die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) war die Geburtsstunde für eine künftige supranationale Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Das heißt: Die Keimzelle der EU wurde in NRW gezeugt. Es war die Montanunion. Der eigentliche Geburtsort unseres heutigen Europas war das Ruhrgebiet. Ganz einfach. Aber: Wer weiß das schon?

Die Rheinländer und Westfalen haben damals sicher selbst nicht gemerkt, wie wichtig sie als Geburtshelfer waren. Es gab ja soviel zu tun. Es tat Not, die schlimmsten Mängel der Versorgung zu beheben, eine örtliche Verwaltung aufzubauen, die Unterversorgung mit Nahrungsmitteln und Wohnraum, die drückende Problematik der Flüchtlingsströme, drohende Epidemien wollte man in den Griff bekommen. Da konnte man sich nicht auch noch darum kümmern, dass gerade das neue Europa aus der Taufe gehoben worden war. Durch die Verordnung der Militärregierung Nr. 77 vom 21. Januar 1947 erhielt das Land Nordrhein-Westfalen seinen Namen und seine heutige Gestalt. Neben den beiden preußischen Provinzen Westfalen und dem Nordteil der Rheinprovinz kam noch das kleine

Land Lippe dazu, dessen legendärer listiger Landespräsident Drake auch mit Niedersachsen geliebäugelt, aber dann hier das bessere Angebot erhalten hatte.

Die Engländer hatten in der Eile dem Namen keine große Bedeutung gegeben. „Nordrhein“ war kein glücklicher Griff. Keine Landschaft heißt so und erst recht will niemand „Nordrheiner“ heißen. Umstritten wurde der Name erst mit einiger Verzögerung, als man merkte, daß die Provisorien der Nachkriegszeit dauern könnten. Bindestrichland wurde herablassend gesagt, die Fremdbestimmtheit durch Besatzungsrecht wurde gespürt. Die Westfalen ließ die Namensdebatte, die bis in die sechziger Jahre hinein geführt wurde, ziemlich kalt, solange man den zweiten Namensteil beließ. Aber im Rheinland stieß Ministerpräsident Franz Meyers auf reges Interesse, als er mit einem Vortrag im November 1963 die Bevölkerung aufrief, Vorschläge zum Landesnamen einzureichen. Die Ideen sprudelten reichlich, sie reichen von „Rheinfalen“ über „Westfranken“ bis zu „Frankosachsen“, oder „Sachsofrankonien“. Origineller - statt auf germanische Stämme zurückzugreifen - war da schon der Vorschlag, die Wirtschaftskraft zu nominalisieren: „Montana“ solle das Land heißen. Montana klingt gut: Kohle und Stahl wären in dem Namen genauso präsent wie die Wälder des Bergischen Landes oder der Eifel. Aber die Macht der Gewohnheit ist der Feind von Innovation. Und so blieb es bei Nordrhein-Westfalen und die Kurzform NRW bürgerte sich ein, ja, die Formel „NRW“ wurde wortwörtlich durch die Bürger geprägt, denn die Behörden verteidigten lange mit Klauen und Zähnen ihre amtliche Abkürzung NW.

Die Fahndung nach einem Namen verrät ein Land auf der Suche nach Identität. Hat Nordrhein-Westfalen ein solches Wir-Gefühl? Sicherlich nicht zu Beginn. Die Herausbildung einer Identität, einer Identifikation der Bewohner mit ihrem Land, verlangt Zeit und Geduld. Es ist ein zartes Pflänzchen. Wie leicht hatte es da ein Land wie Bayern. Es hat ein intaktes Landesgebiet mit in Jahrhunderten gewachsener Tradition geerbt. Dabei ist das Land keineswegs homogen. Die Franken, die Oberpfälzer oder die Bodensee-schwaben bewahren alle ihre Teilidentitäten. Trotzdem gibt es ein pralles Wir-Gefühl. Das Bindestrichland hatte damit lange seine Probleme, sogar Komplexe gegenüber den Bundesländern im Süden, wo sogar ein anderes Bindestrichland, Baden-Württemberg, erfolgreicher alle Krisen zu meistern schien.

Der größte Schriftsteller aus Nordrhein-Westfalen, der Kölner Heinrich Böll, sprach von NRW als dem „Traumland, dessen Hässlichkeit Größe hat“. Das war nun nicht gerade der Stoff, aus dem Mythen geschneidert werden. Trotzig beharrt etwas näher zur Gegenwart Herbert Grönemeyer darauf: „Tief im Westen, da wo die Sonne verstaubt – ist es viel besser, viel besser als man glaubt.“ Auch ex negativo läßt sich Identität begründen, ähnlich wie eine gemeinsame Schützengrabenmentalität. Identität heißt schließlich in erster Linie Abgrenzung nach außen, um zum Selbst zu finden. Aber es wird keine Attraktivität für andere daraus. Daran waren aber zumindest die Landesregierungen interessiert, wollten sie doch nicht nur die Unterstützung der Bevölkerung mehren, sondern auch Investoren anlocken und die Kaufkraft von Besuchern und Touristen ausnutzen.

Der rührige CDU-Ministerpräsident Meyers („der fixe Franz“) hat in den sechziger Jahren nach der Staatswerdung die Staatsfindung durch die Bürger stärken wollen – durch Staatssymbole wie Großes Landeswappen, Landesverdienstorden und Landesfeste. Er drang allerdings mit den meisten Plänen nicht durch, auch nicht mit der Schaffung einer Landeshymne, obwohl er zur Unterstützung seiner Ideen unermüdlich das ganze Land bereiste – in Anlehnung an die Praktiken mittelalterlicher Lehnsherren. Angesichts einhellig ablehnender öffentlicher Reaktionen verzichtete er 1960 auf diesen Gedanken. Aber Meyers hat sich durchaus um die Landesidentität verdient gemacht.

20 Jahre später, zu Beginn der achtziger Jahre, wurde unter Ministerpräsident Johannes Rau erneut das Landesbewußtsein thematisiert. NRW war 1982/83 an einem Wendepunkt. Im Bund hatte Helmut Schmidts sozialliberale Koalition Platz machen müssen für Helmut Kohls konservativ-liberale Regierung. Im Land hatte sich die Krise von Kohle und Stahl noch lange nicht gelöst. Bayern und Baden-Württemberg trumpften mit Erfolgen der wirtschaftlich-technologischen Modernisierung auf, denen NRW hinterherlief. Rau hatte zwar 1980 mit 48,1 Prozent der Stimmen für die SPD eine ansehnliche Ernte eingefahren und brauchte keinen Koalitionspartner, aber die Landes-SPD fiel bei der vorgezogenen „Wende-Wahl“ im Bund auf 42,8 Prozent zurück. Handlungsdruck war da.

Die Staatskanzlei gab eine Umfrage bei infratest in München in Auftrag, ob ein Landesbewußtsein existiere, das man ausbauen könnte. Hatte doch gerade Bayern mit CSU-Aufklebern und dem Spruch „Wir in Bayern“ sein Selbstbewußtsein demonstriert. Die Ergebnisse waren für NRW niederschmetternd: Man identifiziert sich nicht mit seinem Land, man bezeichnet sich als Kölner oder Rheinländer, aber sicher nicht als Nordrhein-Westfale. Nur die Nahwelt ist noch heile Welt. Insbesondere das Ruhrgebiet ist weiter ein Problemfall: „Das Ruhrgebiet ist eine hässliche Gegend“ sagten 41 Prozent der Einheimischen und sogar 60 Prozent der Auswärtigen.

Man wollte etwas tun. Mit einem positiven, nach außen offenen Identifikationsangebot die kollektive Identität stärken, so formulierten in etwa die PR-Strategen. Praktisch umgesetzt wurde der Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“ geboren. Darüber hinaus wurde ein ganzes corporate design der Landesregierung kreiert, die NRW-Symbolbuchstaben in den Landesfarben, das Land als Markenartikel. Seitdem vielfach gezeigt in Anzeigenkampagnen und Autoaufklebern. Der „Kommunalverband Ruhr“ (KVR), ein Zweckverband der Ruhrstädte, startete eine ähnliche Anzeigenkampagne mit dem Slogan „Ein starkes Stück Deutschland“.

Insbesondere der Autoaufkleber mit dem Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“ konventionell kombiniert mit dem Landeswappen ging jahrelang weg wie geschnitten Brot. Das Unausprechliche, das Bindestrichland war damit thematisiert: Und die Menschen bekannten sich dazu. „Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir leben in einem schönen und starken Land. Wir sind fast 17 Millionen Menschen. Unsere Herkunft ist unterschiedlich, unsere Zukunft ist gemeinsam. Wir leben gerne hier. Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind stolz auf unsere Heimat“. Diese Politik-Lyrik aus der Regierungserklärung von Rau vom 10. Juni 1985 stand später auf der Rückseite aller Aufkleber. Ist das der Kern: die Vielfalt? Ist das nicht etwas schmal als Basis für Identität? Bedeutet das Modell Montana nicht mehr als buntes Land? Kein anderer Inhalt?

Sicherlich. Dennoch muß man einräumen, daß in den achtziger Jahren der Durchbruch zu einer deutlichen Landesidentität zu beobachten war. Ob dies initiiert wurde durch die Kampagnen oder sogar fabriziert, vielleicht aber auch nur verstärkt, ob die Zeit einfach

reif war dafür, wird heute niemand wirklich beweisen können. Immerhin versucht es die CDU-Opposition im Lande im Wahlkampf 2000 wieder mit dem Wir-Gefühl, diesmal mit „Wir im Westen“. Ob daraus nicht ein Abgrenzung zum Osten mißverstanden werden kann, muß hier offen bleiben.

Was hält also das Land zusammen? Was ist der Kitt zwischen der Vielfalt der Mosaiksteinchen? Jedenfalls ist es nicht die einheitliche politische Kultur wie in Bayern mit einer flächendeckenden und seit der Landesgründung anhaltenden Dominanz einer Staatspartei, der CSU. Nur ein kurzen Intermezzo in den fünfzigern unterbrach die CSU-Dauerherrschaft, nur wenige Großstädte leisten sich ein abweichendes Stimmverhalten. Auch wenn die SPD in NRW nun schon seit 1966 die Regierung führt, war das Land keineswegs immer von dieser Partei dominiert. Auch muß man seitdem die SPD-FDP-Koalition von 1966 bis 1980, die Alleinregierung zwischen 1980 und 1995 und seitdem die Rot-Grüne Koalition deutlich unterscheiden. Gerade letztere hat zu großen Veränderungen des politischen Stils geführt. Vom neuen Regierungsstil Wolfgang Clements seit 1998 ganz zu schweigen. Wir werden darauf zurückkommen. Zunächst ein Rückblick auf die politischen Wurzeln des NRW-Modells.

Die Nachkriegsgründung einer überkonfessionellen Union – heraus aus dem katholischen Zentrumsturm – stieg wie Phönix aus der Asche des zersplitterten bürgerlichen Lagers nach 1945. Dem rheinischen (mit seinem Vorsitzenden Konrad Adenauer) dem westfälischen Landesverband gelang es rasch, die Sozialdemokraten weit hinter sich zu lassen, die sich schon im Widerstand sicher wähnten: „Nach Hitler: Wir!“ Daraus wurde nichts, weder im Bund noch im Land NRW. Insbesondere die rheinische CDU repräsentierte in den Anfangsjahren – trotz Adenauer und oft auch gerade gegen ihn – eher den linken, arbeitnehmerorientierten Flügel in der Tradition der katholischen Arbeiterbewegung. Sozialer Ausgleich statt Marktkonkurrenz, dafür stand der erste gewählte Ministerpräsident Karl Arnold. Er reklamierte für seine CDU in NRW das „soziale Gewissen“ der Bundesrepublik zu verkörpern – oft als Alternative zur Bundesregierung. Bis 1966 konnten die Christdemokraten die Landespolitik bestimmen – mit einem kurzen Intermezzo 1956-1958, als die FDP aus Protest gegen Adenauers Wahlrechtspläne der SPD in Düsseldorf an die Regierung verhalf.

Bis 1950 hatten zunächst Allparteienregierungen das Land verwaltet, einschließlich Sozialdemokraten, Kommunisten und Zentrum, das erst Ende der fünfziger Jahre bedeutungslos wurde. Die SPD hatte zunächst – wie schon vor dem Krieg – mit dem „Ruhrkommunismus“ innerhalb der Bergarbeiterschaft und genauso mit dem „Ruhrkatholizismus“ zu kämpfen. Die spätere Stammklientel der SPD war lange zwischen SPD, KPD und Zentrum aufgeteilt. So ist das Ruhrgebiet im Grunde eine sozialdemokratisch verspätete Region.

Erst kamen SPD-Erfolge in den Kommunen, später verbesserten sich die Wahlergebnisse auch für den Landtag. Ab 1966 konnten die Sozialdemokraten zuerst mit Heinz Kühn, dann von 1978 bis 1998 mit Johannes Rau, seitdem mit Wolfgang Clement die Regierung führen. Was erklärt diese Hegemonie nach so langer CDU-Dominanz? Die Landes-CDU war mit den ersten Kohle- und Stahlkrisen Anfang der sechziger Jahre nicht richtig fertig geworden. Es gab keine Richtungsgewerkschaften mehr wie in Weimar, sondern die Einheitsgewerkschaften im DGB wurden immer deutlicher von der SPD dominiert – mit einem Minderheitenproporz für die Funktionäre der CDA, der christdemokratischen Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften mutierten immer deutlicher zu einem sozialdemokratischen Milieu. Mit der Montanmitbestimmung und dem Betriebsrätegesetz konnten die Gewerkschaften attraktive Positionen in den Unternehmen anbieten, die auch mit Schulung und Weiterbildung verbunden waren – ebenfalls ein sozialdemokratisches Rekrutierungsfeld.

Prototyp der Gewerkschaftsmacht in NRW war die IG Bergbau, die aber auch immer einen Minderheitenproporz für die Kollegen von der schwarzen Fraktion reservierte. In den Bergbaubetrieben existierte praktisch ein „Union shop“: Organisationsgrad fast 100 Prozent. In den mitbestimmten Betrieben und genauso in der Knappschaft, der speziellen Sozialversicherung der Bergleute, lief nichts ohne die Gewerkschaften – im Verein mit der SPD. Dies brachte ihr in der Bundespartei den Ruf ein, die Traditionstruppen zu verkörpern, mit Bergmannskapellen auf den Landesparteitagen, die reflexartig „Glückauf, der Steiger kommt“ intonierten, wenn der Parteivorsitzende den Saal betritt.

Die SPD Mitte der sechziger Jahre setzte nicht nur auf Tradition, sondern auch auf Modernisierung. Bildung wurde zentrales Thema, Aufstiegsgarant im Wirtschaftswunderland. Modernisierungskurse in Richtung Schulen und Hochschulen waren aber durchaus schon von der CDU vorangetrieben wurden, z.B. durch ihren aktiven Kultusminister Paul Mikat. Mehr als Landes- bestimmten Bundestrends den Wahlsieg von 1966. Denn nach dem Scheitern des Bundeskanzlers Erhard wollte eine SPD-FDP-Koalition ein Zeichen gegen die Große Koalition im Bund setzen. Und 1970 wurde diese sozialliberale Koalition nun im Sog des Bundestrends mitbestätigt. Aber die CDU, einmal in der Opposition, tat sich schwer mit ihrer Rolle. Eine große Rolle bei der Selbstblockade der CDU in der jüngeren Landesgeschichte hat die lange Trennung in die zwei Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe gespielt. Eine Landespartei existierte nicht, sondern nur seit 1956 immerhin ein gemeinsames Landespräsidium. Die Konkurrenzen und Differenzen, Eifersüchteleien und Sticheleien zwischen den beiden Landesverbänden – und ihren jeweiligen Spitzen – lähmten die Gesamtpartei. Nach der erneut verlorenen Landtagswahl 1985 gelang endlich der Durchbruch zur organisatorischen Fusion. Seit dem 1. Januar 1987 sind die beiden Landesverbände offiziell vereint, so daß innere Reibungsverluste deutlich verringert werden konnten. Das Führungsproblem blieb ungelöst. Blüm regierte die CDU von Bonn aus nur halbherzig. Erst mit Rüttgers meldet sich die CDU in die Bundesliga zurück.

Die CSU-Herrschaft in Bayern und die SPD-Dominanz in Nordrhein-Westfalen sind oft verglichen worden. Aber dies führt in die Irre. Nicht nur wegen der viel ausgeprägteren, längerfristigen und tieferreichenden CSU-Macht, sondern insbesondere wegen einer ganz anderen Herrschaftstechnik. Gilt in Bayern die Devise der angelsächsischen Konkurrenzdemokratie „winner takes all“ – also auch aller Posten und Ämter, die irgend zu vergeben sind, so gilt in NRW das Prinzip der Akkomodierung. Der in den USA lehrende Politologe Arend Lijphart hat es in seinem Buch über die Niederlande mit dem Titel „The Politics of Accomodation“ schon 1968 geprägt. Proporz und Konkordanz kennzeichnen Politik und Gesellschaft, nicht Majoritätsdenken und Konkurrenz. Man kann accomodation übersetzen mit Anpassung und Übereinkommen, gütliche Einigung und Versorgung. Und dieses Prinzip trifft die Politik in vielen Demokratien, gerade den kleineren Europas besser als die Konkurrenzdemokratie.



Allerdings funktioniert die Politik der Akkomodierung besonders in Ländern mit versäulten Milieus, mit antagonistischem Lagerdenken, als Elitenkooperation von oben. In NRW ist es umgekehrt. Die Politik der Akkomodierung beginnt auf der kommunalen Ebene. In den meisten Großstädten wurde trotz Mehrheit einer Partei ein Proporz für die Aufteilung der Beigeordneten und Dezernenten beibehalten. So wurde in den Ruhrgebietsstädten traditionell der Posten des Kämmerers und des Leiters des Rechts- und Ordnungsamtes an die CDU abgetreten. Kommunalpolitik sollte eben keine wirkliche Politik sein, die wird weit weg in der Landes- oder Bundeshauptstadt gemacht, sondern hier herrschte noch das Prinzip der Selbstverwaltung. Eine solche Akkomodierung erstreckte sich aber auch auf viele weitere Positionen, die zu vergeben waren, ob das Schuldirektoren oder Krankenhausspitzen, Sparkassenvorstände oder Direktoren städtischer Unternehmen waren.

Auch oberhalb der Kommunen, auf der staatlichen Zwischenebene der Mittelinstanzen unterhalb der Landesverwaltung, ist das gleiche Modell der Akkomodierung zu finden. Hier finden sich zwei konkurrierende Institutionen: die Regierungsbezirke und die Landschaftsverbände. Bezirksregierungen kennen auch andere Flächenländer, sie sind Aufsichts-, Bewilligungs- und Planungsbehörde im Auftrag der Landesregierung, also von oben gesteuert. Auch hier ist es in NRW immer üblich gewesen, daß die Opposition in die Vergabe der Position der Regierungspräsidenten einbezogen wird. So gehört ihr der Münsteraner Regierungspräsident noch heute an. Ein NRW-Spezifikum sind die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, die eine Art kommunale Zweckverbände sind, also von unten organisiert, und Aufgaben im sozialen, kulturellen und Verkehrsbereich wahrnehmen. Die Kommunen entsenden Vertreter in die „Landschaftsversammlung“, und so sind alle Parteien in ihren Gremien vertreten. Eine ähnliche Rolle, aber mit deutlich weniger Kompetenzen, spielt der „Kommunalverband Ruhrgebiet“, auch hier ist die Opposition in die Willensbildung eingebunden.

Selbst in der Landesregierung war man lange bemüht, Spitzenbeamte der Opposition nicht vor die Tür zu setzen, sondern einzubinden, solange sie sich loyal verhielten. Und öffentlich respektierte Unionspolitiker, wie insbesondere der frühere Kultusminister Paul

Mikat, wurden oft mit Kommissionen, Gutachten oder heiklen Missionen betraut, um die Akzeptanz der Politik zu vergrößern. Politik als Dialog mit der Gesellschaft war die Devise von Johannes Rau als Ministerpräsident. Einerseits war Rau ein Meister des persönlichen Gesprächs, der informellen Rede vor kleinen und großen Foren, der Pflege von Kontakten zu unzähligen Personen für Geburtstage, Jubiläen, Krankheiten. Andererseits stand aber ganz besonders die Pflege der organisierten Gesellschaft im Mittelpunkt. Kirchen, Verbände, Gewerkschaften, Vereine, Stiftungen und sonstige Organisationen galt es zu achten und zu beachten, eben zu akkomodieren.

Und natürlich gehörten zu diesem Stil der Akkomodierung auch der WDR und die WestLB. Die CDU-Opposition hat schon unter Biedenkopf immer wieder versucht, den WDR als „Rotfunk“ zu brandmarken. Natürlich liegen in Redaktionen und Runkfunkräten Proporzgesichtspunkte nicht fern. Andererseits hätte die SPD ja vielleicht gerne einen Rotfunk gehabt, aber litt selbst an kritischem Widerspruch von sich grünfühlenden Redaktionen. Die Rotfunkthese hat sich so mit den Jahren selbst erledigt. WestLB-Verbindungen blieben sicherlich intakt – bis in die jüngste Vergangenheit. Man ist sich beim ehemaligen und jetzigen Ministerpräsidenten einig, daß hier mehr Distanz angebracht ist. Aber über die Jahre war man im ganzen Land stolz darauf, daß die Landesbank wichtige Landesaktivitäten sponserte, so z. B. die Entstehung einer NRW-Vertretung in Brüssel, die ursprünglich gegen den außenpolitischen Bundesalleinvertretungsanspruch durchgesetzt werden mußte. Das Land durfte keine EU-Politik machen. Die WestLB half mit einem Haus, und alle – Öffentlichkeit und Opposition – fanden es toll. Die Maßstäbe haben sich geändert – die Politik muß dies respektieren.

Johannes Rau schätzte die Form. Kumpelhafter Stallgeruch von Betriebsfesten war seine Sache nicht. Gerade auch in seiner Staatskanzlei herrschten Form und Stil. Ungepflegte Bärte oder unbeschlippte Hälse hatten in seiner Staatskanzlei nichts zu suchen. Manche machten sich über das fast höfische Zeremoniell lustig, das der Ministerpräsident zu zelebrieren liebte – der sich selbst mit einem Scherz oder einer Anekdote darüber hinwegsetzte. So waren die Grünen im Landtag und schließlich in der Landesregierung keine politische Katastrophe, sondern eine Kulturrevolution: Ihre Umgangsformen und Kleiderordnungen waren manchmal unbeschreiblich. Aber mehr noch: Sie gehörten bisher

nicht dazu im Spiel der Akkomodierung, wo CDU und FDP doch immer mit von der Partie gewesen waren. So waren sie dazu noch unberechenbar.

Wie soll man also den speziellen Stil von Kompromiß und Proporz, von „Versöhnen statt spalten“, den in NRW Johannes Rau als Ministerpräsident virtuos beherrscht hat, erklären? Der französische Publizist Michel Albert hat Anfang der neunziger Jahre die mitteleuropäische, kontinentale Version der Marktwirtschaft den „Rheinischen Kapitalismus“ genannt. Haben wir es in NRW mit einer speziellen Form des „Rheinisch-Westfälischen Kapitalismus“ zu tun, der noch mehr auf Konsens, Montan-Mitbestimmung, sozialen Ausgleich setzt? Zweifellos. Aber dieser wurde nicht von der Sozialdemokratie erfunden, sondern schon in den fünfziger Jahren von Karl Arnold etabliert, von der SPD und zuletzt von Rau höchstens perfektioniert.

Das Modell Montana ist ein Kind der Nachkriegszeit und des frühen Wirtschaftswunders: Kohle und Stahl als Schlüsselinstitutionen. Am Stahlverbrauch hat man damals die Modernisierung der Dritten Welt gemessen. Und NRW baute ihnen die Stahlwerke. Danach kam die Stahlkrise an der Ruhr. Montan-Mitbestimmung, Montan-Union, Knappschafft, IG-Bergbau und die Zechensiedlungen: alles griff Hand in Hand. Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende koordinierte alles. Diese Zeiten sind sicherlich vorbei. Die Montan-Industrie garantiert kein Wachstum. Montan-Mitbestimmung wird von der Globalisierung ausgehöhlt. Selbst die IG-Bergbau ist nicht mehr, sondern fusionierte mit der IG-Chemie und residiert nun in Hannover. Das Redaktionshaus ihrer Zeitschrift „Einheit“ gehört nun Stiftungen und Initiativen der Ruhrgebiets-Wissenschaft.

Oder erklärt die Theorie der „Politikverflechtung“ das NRW-Modell am besten, wie vom Kölner Politologen Fritz W. Scharpf analysiert? Er warnt uns vor der „Politikverflechtungsfalle“, die in Immobilität führt, da Politik auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zur Vetopolitik verführt. Das ist freilich nicht zwingend. Unter vielen altindustriellen Regionen wie Pennsylvania, Lothringen oder die Wallonie, hat sich das Ruhrgebiet wacker geschlagen mit seiner Umstrukturierung.

Das NRW-Modell Montana scheint am überzeugendsten mit der „Politik der Akkomodierung“ zu erklären sein. Aber nicht das top-down-Modell der Elitenkooperation, sondern das bottom-up-Modell der Basiszusammenarbeit von Betriebsrat und Knappschaft von Afa und CdA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer bei der SPD und christdemokratische Arbeitnehmerschaft der CDU). Das niederländische Modell hat die alten Krusten der „Versäulung“ in seiner Gesellschaft abgeworfen und mit dem „Polder-Modell“ einen europäischen Idealtypus (eine Zauberformel?) kreiert, der Wachstum und Innovation, Arbeitsplätze und sozialen Ausgleich miteinander vereinbart, ohne sich dem Neoliberalismus in die Arme zu werfen. Das klingt ideal, ist es real für NRW?

Wird unter Raus Nachfolger, unter Wolfgang Clement, der als drängender Macher gilt, nun alles anders, das Modell Montana liquidiert? Er setzt einige Signale zu neuer Modernität, so durch seinen Auszug aus der alten Staatskanzlei in das innovative „Stadttor“ aus Glas und Stahl. Sein Stil ist weniger präsidial, mehr managermäßig, aber seine Verfahrensweise ist dem Land nicht fremd: Der „Ausbildungskonsens“ spielt eine tragende Rolle in seiner Politik, getragen vom Land, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Auch sein Blick geht über den Deich zu den niederländischen Nachbarn und ihrem Polder-Modell. Ist das Politik der Akkomodierung – neu in Stil und Form, aber in der Substanz stabil?

Die Opposition scheint ganz auf das Konkurrenzmodell eingeschwenkt zu sein. Darauf deutet die kommunale Politik seit den Wahlen vom September 1999 hin, als sie zahlreiche Großstädte, selbst im sicheren Ruhrgebiet, gewinnen konnte. Die Ära des alten Proportionalismus scheint vorbei zu sein, Beigeordnetenposten werden nicht mehr an die Minderheitspartei im Rat vergeben. Auch die Polarisierungspolitik im Landtagswahlkampf, wo im Untersuchungsausschuß zur „Flugaffäre“ mit harten Bandagen gekämpft wird, weist auf Konfliktstrategie statt Konsens. Bisher verhielt sich die CDU wie im klassischen Gefangenendilemma der Spieltheorie: lieber kooperieren und ein bißchen gewinnen, statt das Risiko zu tragen, alles zu verlieren. Am 14. Mai wird ausgezählt. Es wird sich herausstellen, wer die richtige Gewinn-Strategie gewählt hat.

Meine These ist, daß das alte Modell Montana für NRW sich überlebt hat. Kohle und Stahl sind nicht mehr Garanten von Wirtschaftswundern. Mannesmann steht nicht für

Röhren, sondern für Handys, und das vielleicht auch nicht mehr lange. Die IG-Bergbau ist nicht mehr. Die Knappschaft verteidigt Besitzstände, die Montanmitbestimmung stört, verstört niemand mehr. Aber das Ende vom Modell Montana muß nicht der Beginn des Modells Neoliberalismus sein. Hier ist mehr Spielraum als manche meinen.